



Protokoll Nr. 15

Sitzung von Donnerstag, 16. März 2000, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident René Zimmermann

Anwesend:

Ernst Aebersold	Urs Jaberg	Kurt Rügsegger
Raymond Anliker	Daniele Jenni	Erich Ryter
Thomas Balmer	Alfred Jordi	Annemarie Sancar
Oskar Balsiger	Michael Jordi	Doris Schneider
Sven Baumann	Heinz Junker	Beat Schori
Margrith Beyeler	German Kalbermatten	Rolf Schuler
Peter Blaser	Regula Keller	Rudolph Schweizer
Markus Blatter	Blaise Kropf	Peter Sigerist
Konrad Bossart	Andreas Krummen	Franco Sommaruga
Annette Brunner	Annemarie Lehmann	Sylvia Spring Hunziker
Peter Bühler	Leslie Lehmann	Christoph Stalder
Michael Burri	Peter Linder	Ernst Stauffer
Walter Christen	Edith Lörtscher	Michael Straub
Marie-Louise Durrer	Liselotte Lüscher	Ueli Stückelberger
Marcel Eyer	Edith Madl Kubik	Margrit Stucki-Mäder
Marcel Fankhauser	Anton Maillard	Peter Stucki
Thomas Fuchs	Irène Marti Anliker	Hans-Ulrich Suter
Verena Furrer-Lehmann	Mario Marti	Margrit Thomet
Hans Ulrich Gränicher	Christoph Müller	Eva von Ballmoos
Adrian Haas	Rosmarie Okle Zimmermann	Catherine Weber
Rolf Häberli	Edith Olibet	Kurt W. Weyermann
Ueli Haudenschild	Ruth Rauch	Hansjörg Wittwen
Ruedi Hofer	Lydia Riesen	Andreas Zysset
Stephan Hügli	Ursula Rudin-Vonwil	

Entschuldigt:

Othmar Feller	Markus Lüthi	Béatrice Stucki
Esther Kälin Plézer	Barbara Mühlheim	Katharina Suter
Peter Künzler	Heinz Rub	

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Traktanden

1.	Voranschlag für das Jahr 2000 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets (FIKO/Frösch) <i>Fortsetzung der Beratungen vom 9. März 2000</i>	35
2.	Wahlen in Schulkommissionen (Omar)	44
3.	Reglement über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement); Abstimmungsbotschaft (Furrer-Lehmann/Baumgartner)	26
4.	Genereller Entwässerungsplan Stadtteil III (Mattenhof-Weissenbühl); Kredit (Stucki/Guggisberg)	14
5.	Dringliche Interpellation Peter Bühler (SD): Wieso muss die Kadaverver- brennungsanlage ausgerechnet in einem Wohnquartier ihre „Zelte“ aufbau- en? (Baumgartner)	49
6.	Dringliche Interpellation German Kalbermatten (CVP): Verbrennung von Kleintierkadavern und von pathologischen Spitalabfällen an der Fellerstras- se 11a (Baumgartner)	50
7.	Dringliche Interpellation SVP-Fraktion (Erich Ryter): Keine Kadaverver- brennungsanlage im Wohngebiet! (Baumgartner)	51
8.	Postulat Nico Lutz (JA!): Stimmrechtsalter 16 in der Stadt Bern (Baumgartner)	17
9.	Postulat Ueli Stückelberger (GFL): Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung: Artikel 17 der Kantonsverfassung gilt auch in der Stadt Bern (Baumgartner)	11
10.	Postulat Peter Sigerist (GB): In eigener Sache ...: Stadtratsprotokolle im Internet (Baumgartner)	16
11.	Interpellation Mario Marti (JF): Abstimmen per Internet (Baumgartner)	38
12.	Interpellation Thomas Balmer (FDP): Stadttheater oder Übungslokal (Baumgartner)	4
13.	Motion Oskar Balsiger (SP): Veloverbindung Breitenrain – Ittigen (Umfah- rung Wankdorfplatz) (Guggisberg)	292
14.	Postulat Edith Madl Kubik (AP): Kinder in der Stadt Bern: Spielplatz in der Vorderen Lorraine (Guggisberg)	260
15.	Postulat Fraktion GFL/EVP (Verena Furrer-Lehmann/Ursula Rudin-Vonwil): Wohnbaupolitik aktiv (Guggisberg)	291
16.	Kleine Anfrage Ernst Stauffer (ARP): Rechtsgültigkeit des Baumschutz- reglements (Guggisberg)	22
17.	Interpellation Daniele Jenni (GPB): Baumfällaktion beim Bärengaben aus rein kommerziellen Interessen? (Guggisberg)	43
18.	Interpellation SVP-Fraktion (Thomas Fuchs, JSVP): Offene Fragen zur Ab- wicklung der Baumverteilungsaktion im rauen Westen von Bern (Guggisberg)	42
19.	Interpellation Thomas Balmer (FDP): Behindertengerechtes Bauen der öf- fentlichen Hand (Guggisberg)	300
20.	Dringliche Interpellation Heinz Rub / Ueli Haudenschild (FDP): Kurs für Kifferinnen und Kiffer auf Berner Stadtboden? (Begert)	48

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Aus dem Gemeinderat kam der Wunsch, das Traktandum 20 der heutigen Sitzung, die Dringliche Interpellation Heinz Rub / Ueli Haudenschild (FDP): Kurs für Kifferinnen und Kiffer auf Berner Stadtboden? (Antrag Nr. 48) aus Rücksicht auf Fürsorge- und Gesundheitsdirektorin Ursula Begert nach vorne zu nehmen. Ist der Rat einverstanden, dieses Geschäft nach dem Traktandum 4 zu verhandeln?

Beschluss

Der Rat genehmigt die Änderung der Traktandenliste stillschweigend.

Der *Ratspräsident* hat die Absicht, die Traktanden 5, 6 und 7 zusammen zu behandeln.

Protokollgenehmigung

Rudolph Schweizer (SVP) möchte der guten Ordnung halber mitteilen, dass er am 3. Februar 2000 weder im Unionssaal noch um 20.45 Uhr im Stadtratssaal war, sondern zu Hause krank im Bett, obwohl er im Protokoll auf der Anwesenheitsliste aufgeführt ist. Er bittet, dies entsprechend zu vermerken.

Die Protokolle Nrn. 6 und 7 vom 3. Februar 2000 werden mit dieser Änderung vom Stadtrat mit bestem Dank an die Verfasserin und den Verfasser genehmigt.

Persönliche Erklärung

Peter Linder (SVP): Am vorletzten Donnerstag wurde hier im Rat die Überbauung Schermenweg behandelt, zu der ich eine Fraktionserklärung gemacht habe. Ich habe den Eindruck, mich im Interesse der Stadt eingesetzt zu haben. In diesem Zusammenhang wurde mir nahegelegt, den Pachtvertrag aufzulösen. Ich fühle mich von dieser Drohung in meiner persönlichen Ehre getroffen.

Ordentliche Traktanden

1 Voranschlag für das Jahr 2000 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft) inkl. Produktgruppen-Budgets; Fortsetzung der Beratungen vom 9. März 2000

Detailberatung; Zahlenbudget 2000

Anträge der FDP-Fraktion

Für die FDP-Fraktion spricht *Adrian Haas* und begründet die folgenden *Fraktionsanträge*:

1. Sämtliche neu budgetierten Ausgaben sind zu streichen.
2. Auf eine Gewinnablieferung der GWB im Betrag von 1 Mio Franken ist in Anbetracht des riesigen Sanierungsbedarfs zu verzichten.

In unserem ersten Antrag haben wir verlangt, dass sämtliche neu budgetierten Ausgaben in diesem Budget gestrichen werden, sie sind aufgezählt unter Ziffer 5 im Vortrag des Gemeinderats auf Seite 4. Bei der heutigen Finanzlage ist es schlicht unverantwortbar, neue Ausgaben zu tätigen, ohne andernorts nachhaltig zu sparen. Wir haben das Geld nicht, deshalb müssen wir nicht darüber diskutieren, ob allenfalls einzelne dieser Posten dem Wunschbedarf entsprechen würden.

Zur Gewinnablieferung GWB: Wir haben einen riesigen Sanierungsbedarf beim Gaswerk und sind deshalb der Meinung, dass darauf verzichtet werden sollte, jetzt aus dem Gaswerk weitere Mittel abzuziehen, wie das in den letzten Jahren getan wurde. Wir vernachlässigen die Sanierungen, wenn wir dem Gaswerk die nötigen Gelder entziehen, deshalb sind wir der Meinung, dass man diesen Millionenbetrag aus diesem Budget streichen soll.

Beschluss

Die Anträge 1 und 2 der FDP-Fraktion werden mit 32 zu 29 Stimmen ohne Enthaltungen abgelehnt.

Antrag Fraktion CVP/FPS (German Kalbermatten) zum VA Präsidialdirektion, Seite 16

110.3650.33 Musikkorps, Dilettantenorch., Handharmonikavereine + Fr. 81 350.00

1. Dieser Betrag ist ins Budget aufzunehmen.
2. Für nächstes Jahr, als Zeichen der Würdigung dieser Arbeiten, den Betrag um mindestens 1% zu erhöhen.

German Kalbermatten (CVP) für die CVP/FPS-Fraktion: Das Vorgehen des Gemeinderats zeigt, wie wenig ihm Musizieren im Ensemble bedeutet. Für gewisse Sparten der Kultur fehlen die Gelder nicht, obwohl dies für das durchschnittliche Volk manchmal schwer verständlich ist. Was aus dem Volk kommt und Tradition hat, ist für den Gemeinderat Dilettantismus und nicht unterstützungswürdig. Hier im Rat wurde zwar immer betont gegen das Elitäre gekämpft. Mit der Kürzung werden aber über ein Dutzend Ensembles und Formationen bestraft, die nicht nur sich, sondern auch der breiten Öffentlichkeit Freude machen. Aufwände von 6 bis 12 Stunden in der Woche sind keine Seltenheit, das alles ohne Entgelt. Einige dieser Amateurmusiker beherrschen ihre Instrumente wie Berufsmusiker. Es ist nicht einfach, sich gegen die heutige Trendmusik zu behaupten. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, werden oft professionelle Dirigenten verpflichtet. In diesen Korps lernen Jung und Alt, gemeinsam über lange Zeit an einem Ziel zu arbeiten. Der materielle Aufwand ist beträchtlich und die Ensembles haben Finanzprobleme. Im Gegensatz zum Sport haben diese Kulturgruppen keine Unterstützung von Jugend und Sport oder ähnlichen Institutionen. Viele dieser Korps betreiben auch Nachwuchsförderung für diejenigen, die eine Musikschule nicht finanzieren können. Es profitieren nicht nur Jugendliche davon. Ist es wirklich der Wille des Gemeinderats, dass die Ensembles wegen fehlendem Verständnis von seiner Seite aufhören müssen? Fribourg hat genug Geld, das Musikwesen so zu fördern, dass heute Ensembles von nationaler Bedeutung entstanden sind, die Jung und Alt begeistern wie zu Zeiten von Stefan Jäggi in der Stadt Bern. Ein Beispiel, um zu zeigen, wie wenig schon heute für die Ensembles zur Verfügung steht: Ein Auftritt des Symphonieorchesters kostet etwa soviel, wie die Stadt für alle Korps und Ensembles bis jetzt zur Verfügung gestellt hat. Wir haben nichts

gegen das Symphonieorchester, im Gegenteil. Wir fragen uns, ob der zusätzliche Aufwand um die Gesuche zu prüfen und zu besprechen, nicht grösser ist als der gestrichene Betrag. Bis jetzt hat das Musikergremium die Aufteilung gratis gemacht und es war eine Möglichkeit, eine Koordination unter den Korps zu erreichen und Rivalitäten abzubauen. Das neue System entfacht wieder neue Rivalitäten und es ist der Zusammenarbeit nicht förderlich.

Zum Antrag: Ich möchte ihn modernisieren und klarstellen. Im Voranschlag 2000 sind auf der Seite 16, Position 3650.33 den Musikkorps, Dilettantenorchester, Handharmonikavereine die 81 350.00 Franken vom Vorjahr gestrichen worden, also null Franken. Von diesen Fr. 81 350.00 hat man Fr. 37 350.00 der Position 3650.14 Förderung der Musik gutgeschrieben. Die restlichen 44 000.00 Franken sind gestrichen worden. In unserem Antrag fordern wir, dass die Fr. 37 350.00 wieder der alten Position gutgeschrieben werden und man die gestrichenen Fr. 44 000.00 wieder einsetzt und somit wären wir wieder bei den Fr. 81 350.00 wie im Voranschlag 1999. Das war von Anfang an unsere Ansicht, ich habe mich vielleicht im schriftlichen Antrag nicht so genau ausgedrückt. Es geht nur um Fr. 44 000.00, das ist kein Steuerzehntel und mit gutem Willen sicher leicht einsparbar.

Zu Punkt 2 des Antrages: Wir ziehen ihn zurück und behalten uns das Recht vor, ihn zu gegebener Zeit mit einem Vorstoss im Rat einzubringen.

Einzelvoten

Walter Christen (SP): Wir können uns dem anschliessen, ich möchte trotzdem etwas festhalten: Seit 1994 torpedieren die bürgerlichen Parteien dauernd das Budget, letzten Donnerstag auch mit deren Nein zur Steuererhöhung, man entzieht also dem Gemeinwesen Geld; auf der anderen Seite kann man die Kosten hochschrauben, wenn es einen selbst trifft. Da geht etwas nicht auf. Wir helfen hier mit, bitten Sie aber auch, helfen Sie dieses Budget und die Steuererhöhung tragen, damit wir die Finanzen für solche Dinge wieder haben. Nicht zu vergessen, dass bis jetzt 200 Millionen Franken gespart worden sind, davon 140 Millionen beim städtischen Personal. Niemand hat sich darüber aufgehalten, ausser die RGM. Wir werden dem Antrag zustimmen, man kann aber den Bären nicht waschen, ohne dass das Fell nass wird.

Adrian Haas (FDP): Wir sind konsequent und lehnen diesen Antrag ab.

Ueli Stückelberger (GFL): Ich verstehe das Anliegen von German Kalbermatten, unsere Fraktion hat aber Mühe, wenn man die einzelnen Kultursachen gegeneinander ausspielen will, den Altstadtssommer hat man auch aus dem Budget genommen. Eine konkrete Frage an die CVP/FPS-Fraktion: Nehmen Sie das Budget an, wenn der Antrag durchkommt? Ich hätte gerne, wenn Sie sich zu diesem Punkt äussern würden.

Stadtpräsident Klaus Baumgartner: Es ist ein kleiner Betrag, jedoch keiner, über den man lachen kann. Erstens möchte ich Herrn Stückelberger danken, der sagte, man solle nicht verschiedene Kultursparten gegeneinander ausspielen. Das ist fehl am Platz. Ich muss auch zurückweisen, dass der Gemeinderat für die nichtprofessionelle Kultur nichts aufbringt. Es gibt eine ganze Reihe geförderter und unterstützter Anlässe, die mit Kultur zu tun haben. Die 44 000.00 Franken hat der Gemeinderat im Rahmen der Portfolioanalyse beschlossen, ich habe die Beschlüsse auch auszuführen als Stadtpräsident. Der Bescheid an die Orchester hat mich auch geschmerzt, ich weiss, was in diesen Musikvereinen gerade auch zur Förderung der Jungen geleistet wird. Es sind wirklich nur Fr. 44 000.00, die jedoch schmerzen, ich habe entsprechende Reaktionen erhalten, auch geharnischte Briefe.

Nun aber zu einem anderen Kapitel: Ich bitte den Rat, sich nochmals zu überlegen, was man will. Die CVP/FPS-Fraktion will das Budget ablehnen, der Gemeinderat soll ein Sparpaket bringen, das seinen Namen verdient. Nun haben wir ein Sparpaket, in dem wir die ersten Dinge umsetzen. Der Gemeinderat hat immer betont, dass weitere Sparmassnahmen weh tun! Es wird noch mehr solche geben.

Wegen der Kultur: Bei der Profikultur haben der Stadtrat und das Volk die Verträge beschlossen, wir sind dort noch daran gebunden. Die Verträge sind einzuhalten, solange sie laufen. In der Portfolioanalyse ist auch in diesem Sektor eine Entlastung für die Stadt vorge-

sehen, wenn die Verträge auslaufen. Es kommt auch darauf an, was beim Kanton im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs vor sich geht, und auch, wie weit die Kantonsregierung zu ihrem Wort steht, dass sie im Kulturbereich schaut, eine stärkere Beteiligung der Region zu erwirken. Das wird der Zeitpunkt, wo wir zusammen mit anderen Dingen in der nichtprofessionellen Kultur vielleicht wieder ein Gleiches tun können. Dem Gemeinderat liegt sie sehr am Herzen, er will jedoch mit den Sparpaketen und der Portfolioanalyse glaubwürdig bleiben, und kann deshalb dem Rat nicht empfehlen, die Erhöhung vorzunehmen. Wir müssen in den sauren Apfel beissen, es trifft verschiedene Gruppierungen, wenn solche Sparpakete gemacht werden müssen.

Konrad Bossart (CVP): Es ist eine heikle Situation, dass die CVP/FPS-Fraktion einen solchen Antrag eingibt, das Budget um 81 000 Franken zu erhöhen. Zwei Bemerkungen dazu:

- ÷ Im Antrag hat es eine Reduktion gegeben aufgrund dieser Sparmassnahmen. Dass ein Betrag von 81 000 Franken auf null gesenkt wurde, heisst konkret, dass etwas, das existiert, auf null reduziert wurde.
- ÷ Seit ich 1993 in diesen Rat gekommen bin, ist dies der erste Antrag der CVP/FPS-Fraktion, das Budget zu erhöhen. Das ist für mich die absolute Katastrophe, denn es heisst, dass wir unfähig sind, über Ideen zu diskutieren. Seit 1993 ist praktisch ausschliesslich das Thema, wo wir sparen können.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Es ist richtig, diese Position ist ganz weggefallen, aber wie Herr Kalbermatten zutreffend erläutert hat, sind Fr. 37 350.00 von diesen 81 000.00 auf der Seite 16 in die Position Förderung der Musik 3650.14 transferiert worden. Weggefallen ist lediglich rund die Hälfte, nämlich Fr. 44 000.00. Wenn die Fr. 81 350.00 wieder hergestellt werden sollen, muss man nur 44 000.00 Franken bewilligen, dann ist der selbe Betrag wieder im Budget. Ich würde aus technischen Gründen empfehlen, den Betrag wieder unter Position 3650.33 als 81 000.00 Franken zu führen. Es wurde den verschiedenen Vereinen mitgeteilt, dass gekürzt und nicht total gestrichen werde. Wenn Fr. 81 000.00 vom Rat bewilligt würde, wäre das mehr als im letzten Jahr.

Beschluss

Der Rat lehnt den Antrag der CVP/FPS-Fraktion um Aufstockung der Position 3650.33 um Fr. 44 000.00 mit 38 zu 25 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt das Zahlenbudget des Voranschlags 2000 mit 34 zu 28 Stimmen ohne Enthaltungen an.

Produktgruppenbudget

Für die FIKO spricht deren Präsident *Thomas Fuchs (JSVP)*: Wir haben die Produktgruppenbudgets durchgesehen, die Änderungen wurden besprochen, die Delegationen waren nicht mehr bei den Direktionen. Es hatte noch zahlreiche Fragen zur Stadtgärtnerei, die beantwortet worden sind, und der gestellte Antrag auf 1% Kürzung auf allen Ausgaben wurde von der FIKO abgelehnt. Die FIKO empfiehlt, den Antrag abzulehnen und die NSB-Budgets anzunehmen.

Antrag der FDP-Fraktion, Punkt 3

Der Nettoaufwand der NSB-Pilotprojekte ist um 1% (bei den älteren Piloten) bzw. um 0.5% (bei den neueren Piloten) zu kürzen.

Adrian Haas (FDP) für die FDP-Fraktion: In der FIKO wurde der Antrag gestellt, generell um 1% zu kürzen. Unsere Fraktion möchte dies ein wenig differenzierter, wir stellen den Antrag so, dass die Piloten, die bereits seit 1995 existieren, anders behandelt werden als die, die erst seit 1997 in Kraft sind. Wir haben ursprünglich die NSB mit dem Ziel einführen wollen, um eine effizientere, kostengünstigere, wirkungsorientierte Verwaltung einzuführen. Über

Jahre basteln wir nun an der NSB herum, ohne ausser rhetorischen Effizienzsteigerungen etwas zu hören oder zu sehen. Wir verlangen, dass bei den alten Piloten 1% beim Nettoaufwand gekürzt wird, um die Effizienzsteigerung endlich realisieren zu können. Bei den neuen sind wir milder, da verlangen wir $\frac{1}{2}$ %. Das ist nicht viel, und wenn jetzt die Effizienz nicht gesteigert wird, fragen wir uns, was die ganze NSB-Geschichte eigentlich soll.

Einzelvotum

Edith Olibet (SP): Adrian Haas will eine effizientere, kostengünstigere Verwaltung, er sagte despektierlich, man bastle an NSB herum. Die Absetzbewegungen sind nicht neu und werden jetzt weitergeführt und zelebriert. Etwas aber hat Adrian Haas nicht begriffen: NSB koppelt die Aufgaben mit den Finanzen. Wenn wir nun dem Vorschlag der FDP folgen, können wir wirklich bei NRM bleiben.

Beschluss

Der Rat lehnt den FDP-Antrag mit 36 zu 29 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

Antrag SP-Fraktion zum Produktgruppenbudget Strasseninspektorat, Seite 86

Ergänzen der übergeordneten Ziele (wie 1999):

Gewährleisten der sicheren und bequemen Benützung des Strassen- und Wegnetzes, **besonders auch für behinderte Menschen, Betagte und Eltern mit Kinderwagen.**

Erhalten des Werts

Für die SP-Fraktion *Edith Olibet*: Es handelt sich bei dem Antrag um nichts Neues, man findet das in allen Produktgruppenbudgets praktisch von Anfang an in den übergeordneten Zielen. Aus unerklärlichen Gründen ist das im Produktgruppenbudget 2000 aus den übergeordneten Zielen hinaus gefallen. Wir sind der Meinung, dass das so weitergeführt werden muss, wie es war, ich kann mir nicht vorstellen, dass da jemand dagegen ist.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Antrag stillschweigend an.

Zum Produktgruppenbudget liegen keine weiteren Anträge vor.

Beschluss

Das Produktgruppenbudget des Voranschlags 2000 wird vom Rat mit 36 zu 28 Stimmen genehmigt.

Beschluss

Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderats zum Voranschlag 2000 inklusive Produktgruppenbudget mit 37 zu 29 Stimmen zu.

Bereinigung der Abstimmungsbotschaft

Anträge der FIKO

Der Präsident der FIKO *Thomas Fuchs* (JSVP) begründet zum folgenden Antrag eine Änderung:

Seite 3, linke Spalte, 2. Absatz:

Das Ergebnis ist um **46,1 Millionen Franken** besser als **in der Rechnung 1999. Gegenüber dem Voranschlag 1999 ist es sogar um 61,3 Millionen Franken besser. ...**

Die Anträge der FIKO liegen vor, sie sind mit Mehrheitsentscheiden zustande gekommen. Zum ersten Antrag Seite 3, linke Spalte, 2. Absatz: Wie es steht, ist es nicht richtig. Es stand: Das Ergebnis ist um 46,1 Millionen Franken besser als in der Rechnung 1999. Man hat die

Rechnung 1999 bereits, und wir finden, in dieser Abstimmungsbotschaft wäre es falsch, nur die Voranschläge zu vergleichen, wenn die Rechnung schon vorliegt. Deshalb lautete der Antrag von Frau Kathrin Suter, der auch angenommen wurde: Das Ergebnis ist um 46,1 Millionen Franken besser als in der Rechnung 1999 bzw. um 61,3 Millionen Franken besser... Die 7 ersten Worte der zweiten Zeile müssten weg, dafür müsste ein **beziehungsweise** hinein. Wir wollten nur, dass beide Zahlen darin sind, es ging nicht darum, „sogar noch besser um soundso“ zu sagen. So lautete der Antrag eigentlich, der Rest ist, wie es steht.

Peter Sigerist (GB): Ich beantrage, den Antrag zu übernehmen, wie er auf dem Blatt steht.

Beschluss

Der Rat gibt dem Antrag von Peter Sigerist mit 34 zu 25 Stimmen bei 1 Enthaltung den Vorzug.

Seite 3, linke Spalte, 2. Absatz (Antrag FIKO)

Das Ergebnis ist um **46,1 Millionen Franken** besser als **in der Rechnung 1999**. **Gegenüber dem Voranschlag 1999 ist es sogar um 61,3 Millionen Franken besser. ...**

Beschluss

Der Antrag der FIKO wird stillschweigend genehmigt.

Seite 3, rechte Spalte, 2. Absatz

... im Jahr 2000 gegenüber **dem Vorjahr** trotz

Beschluss

Der Antrag wird stillschweigend genehmigt.

Adrian Haas (FDP): Auf Seite 3, rechte Spalte, 1. Absatz steht der Begriff: ...im Ausmass von 200 Millionen Franken... Ich beantrage die Streichung dieses Begriffs, und zwar, weil wir von der FIKO versprochen bekommen haben, dass wir erfahren, wie sich die Sachen überhaupt zusammensetzen. Die FIKO hat nicht dargelegt, was sich dort befindet. Wir haben die Befürchtung, dass die 200 Millionen Franken zum Grossteil auch durch Einnahmeerhöhungen zustande kommen, höhere Gebühren bei Altersheimen usw. Wir möchten Klarheit, dass das auch wirklich Ausgabenkürzungen sind. Wenn ich pro Monat 100 Franken mehr Lohn erhalte, kann ich auch nicht sagen, ich hätte 100 Franken gespart.

Peter Sigerist (GB) bestreitet diesen Antrag.

Beschluss

Der Streichungsantrag von Adrian Haas wird mit 37 zu 28 Stimmen abgelehnt.

Seite 3, rechte Spalte, letzter Absatz: (Antrag FIKO)

Im Voranschlag 2000 sind auch neue Ausgaben enthalten, und zwar für 20 neue Kindertagesbetreuungsplätze, die neuen Fachstellen Integration und Wohnbauförderung, den Moditräff, die Sicherheit um das Bundeshaus, die neue Tagesschule Breitfeld, die Jugend- und Kinderarbeit in Holligen sowie in der Untermatt, den Ausbau der Vermittlungsstelle für Freiwillige und die Unterstützung der Quartierkommission Länggasse.

Seite 4, linke Spalte, 1. Absatz (Antrag FIKO)

... von 33,8 Millionen **und 1999 von 46,1 Millionen Franken** ab.

Seite 4, linke Spalte, 2. Absatz: (Antrag FIKO)

... auf 324,8 Millionen Franken (**altrechtlich**) und Ende 1999 auf 46,1 Millionen Franken (**neurechtlich**), total auf 370,9 Millionen Franken.

Seite 4, linke Spalte, 4. Absatz: (Antrag FIKO)

... Die Stadt Bern muss die Ende 1998 bestehenden Verlustvorträge von 324,8 Millionen Franken (**altrechtlich**) **innert 16 Jahren abbauen** (im Jahr 2000 erstmals mit 20,8 Millionen) **und den Verlustvortrag aus dem Jahr 1999 von 46,1 Millionen Franken (neurechtlich) innert 8 Jahren.**

Seite 4, rechte Spalte, 3. Lemma: (Antrag FIKO)

... heute um rund 31 Millionen Franken bringen wird (**Entscheid Grosser Rat noch ausstehend**).

Seite 5, linke Spalte: (Antrag FIKO)

(je nach Ausgang der kantonalen Variantenabstimmung über das Steuergesetz 2001, **vgl. Erläuterungen auf Seite 6 dieser Botschaft**).

Seite 5, Kästchen: (Antrag FIKO) mit Zahlen der Rechnung 1999 ergänzen

Budget-Kennzahlen			
	VA 2000	VA 1999	R 1999
Ertrag	1190,2 Mio.	1096,5 Mio.	1055,2 Mio.
Aufwand	1190,2 Mio.	1157,8 Mio.	1101,3 Mio.
Defizit	0,0 Mio.	61,3 Mio.	46,1 Mio.
<i>Veränderungen Voranschlag (VA):</i>			
- Ertrag (bereinigt)	+ 82,7 Mio.		
- Aufwand (bereinigt)	+ 21,4 Mio.		
Cashflow	+ 74,5 Mio.	- 10,0 Mio.	+ 1,6 Mio.
Steueranlage	2,4	2,3	2,3

Seite 5, rechte Spalte, letzter Absatz: (Antrag FIKO)

... Wie jedoch der Zusammenzug des Finanzplanes auf den beiden nächsten Seiten zeigt, kann dies **bei einem Steuersatz von 2,3** nicht nachgewiesen werden. ...

Seiten 6 und 7: (Antrag FIKO)

Vermerk bei „nicht aufteilbare Verbesserungen, Entlastung aus Neuordnung Finanz- und Lastenausgleich“: (**Entscheid Grosser Rat noch ausstehend**)

Beschluss

Der Rat genehmigt die Anträge der FIKO stillschweigend.

Seite 8, 1. Absatz: (Antrag FIKO)

Streichen des 2. Satzes (Dadurch ergibt sich für die Mehrzahl der Steuerpflichtigen lediglich eine geringe Mehrbelastung.)

Seite 8, Kästchen: (Antrag FIKO)

Streichen der Spalten „Mehrbelastung pro Monat“

Peter Sigerist (GB) bestreitet die beiden Anträge der FIKO.

Beschlüsse

1. Der Antrag der FIKO auf die Streichung des 2. Satzes auf Seite 8, 1. Absatz wird mit 37 zu 30 Stimmen abgelehnt.
2. Der FIKO-Antrag auf Seite 8: Streichung der Spalten „Mehrbelastung pro Monat“ im Kästchen wird mit 37 zu 30 Stimmen abgelehnt.

Beat Schori (SVP): Ich war schon hier im Rat, als der bürgerlichen Seite Vorwürfe gemacht wurden, sie sollten abklären, was in den Kommissionen gemacht wird, und sich im Rat dementsprechend verhalten. Das möchte ich heute zurückgeben, die FIKO hat ein paar Anträge gestellt und es wird nun hier auch anders gestimmt.

Beschluss

Die so bereinigte Abstimmungsbotschaft wird von Rat mit 38 zu 30 Stimmen gutgeheissen.

2 Wahlen in Schulkommissionen

Antrag Nr. 44

1. Schulkommission Altstadt/Schosshalde

Herr Stephan Koller (EVP) ist auf den 31. Dezember 1999 als Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Altstadt/Schosshalde wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Elisabeth Münch (EVP), 1940, Hausfrau/Lehrerin, Schosshaldenstrasse 25, 3006 Bern.

Gemäss Art. 32 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4.11.1993 sollen die Mitglieder der Schulkommissionen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein. Die Schosshaldenstrasse 25 gehört zum Schulkreis Laubegg.

2. Schulkommission Bethlehem

Frau Susanne Jaggi (SP) ist auf den 30. April 1998 als Mitglied der Schulkommission Bethlehem zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Bethlehem wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Alice Christen (SP), 1946, Anwältin, Kasparstrasse 15/61, 3027 Bern.

3. Schulkommission Brunnmatt

Frau Christine Junker Zürcher (GB) ist auf den 5. Februar 2000 als Mitglied der Schulkommission Brunnmatt zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Brunnmatt wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Herr Marc Zlot (GB), 1964, Personalfachmann, Bahnstrasse 161, 3008 Bern.

4. Schulkommission Kleefeld

Frau Anna Käppeli Loosli (SP) ist auf den 28. Februar 1999 als Mitglied der Schulkommission Kleefeld zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Kleefeld wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Herr Martin Seewer (SP), 1962, Geograf, Bümplizstrasse 182, 3018 Bern.

Gemäss Art. 32 des Reglements über das Schulwesen in der Stadt Bern und die Organisation der Volksschule vom 4.11.1993 sollen die Mitglieder der Schulkommissionen in der Regel im betreffenden Schulkreis wohnhaft sein. Die Bümplizstrasse 182 gehört zum Schulkreis Bümpliz/Höhe.

5. Schulkommission für die Kleinklassen und den Spezialunterricht

Frau Irene Roth (GB) ist auf den 31. Januar 2000 als Mitglied der Schulkommission für die Kleinklassen und den Spezialunterricht zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission für die Kleinklassen und den Spezialunterricht wird ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Dora Bieri (GB), 1957, Heilpädagogin/Supervisorin, Pestalozzistrasse 24, 3007 Bern.

6. Schulkommission Länggasse

Frau Elisabeth Weiss-Saladin (FDP) tritt auf den 31. Juli 2000 als Mitglied der Schulkommission Länggasse zurück. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Länggasse wird ab 1. August 2000 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Anastasia Falkner (FDP), 1968, Fürsprecherin, Fischerweg 21, 3012 Bern.

7. Schulkommission Munzinger/Sulgenbach

Frau Therese Maurer (FDP) ist auf den 15. Oktober 1998 als Mitglied der Schulkommission Munzinger/Sulgenbach zurückgetreten. Von diesem Rücktritt wird – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis genommen.

Als neues Mitglied der Schulkommission Munzinger/Sulgenbach wird ab sofort für den Rest der Amtsdauer, d.h. bis 31. Juli 2001, gewählt:

Frau Ursula Abegg-Kuhn (FDP), 1966, Fürsprecherin, Holligenstrasse 89, 3008 Bern.

Beschluss

Die 7 neu nominierten Mitglieder in 7 verschiedenen Schulkommissionen werden vom Stadtrat einstimmig gewählt.

Der *Vorsitzende* dankt den austretenden Mitgliedern für den geleisteten Einsatz und wünscht den Neugewählten viel Erfolg für ihre kommende Arbeit.

3 Reglement über die Gebührenerhebung durch die Stadtverwaltung Bern (Gebührenreglement); Abstimmungsbotschaft

Antrag Nr. 26

Der Stadtrat bereinigt und genehmigt die Botschaft an die Gemeinde.

Anträge der GPK

Titelseite:

Einfügen Foto „alt / neu“

Seite 2 rechte Spalte „Städtisches Gebührenrecht morgen“:

Neue Überschrift: Städtisches Gebührenrecht **neu**

Ersetzen des 1. Absatzes durch:

Das neue Gebührenrecht ist

- ÷ **übersichtlich**
- ÷ **transparent**
- ÷ **in einem einzigen Erlass geregelt**
- ÷ **zeigt klar, für welche Leistungen die Stadt Gebühren erhebt**
- ÷ **bildet eine genügende gesetzliche Grundlage**
- ÷ **entspricht dem städtischen Leistungsangebot**

Antrag der GFL/EVP-Fraktion (U. Stückelberger)

Seite 4, rechte Spalte, 1. Abschnitt (ab 6. Zeile):

Streichung des Satzteiles: „...der Gemeinderat hatte eine neue Gebühr beantragt und damit Einnahmen von rund Fr. 600'000.00 erzielen wollen; der Stadtrat hat diese jedoch abgelehnt.“

Begründung: Die Botschaft ist die Botschaft des Stadtrats. Es ist deshalb unerheblich, was der Gemeinderat ursprünglich beantragt hatte.

Seite 5 linke Spalte, 1. Überschrift: (Antrag GPK)

Was ist im Gebührenreglement nicht oder noch nicht geregelt?

Seite 5 linke Spalte, 2. Absatz: (Antrag GPK)

Überschrift **Parkierungsgebühren**

Seite 5 rechte Spalte: (Antrag GPK)

Verschiebung der Überschrift „Für welche Leistungen machen Gebühren Sinn?“ vor den Absatz „Wo hingegen der öffentliche Grund“

Seite 6, rechte Spalte, letzter Absatz: (Antrag GPK)

Der Nachteil des neuen Gebührenreglements

Streichen des 1. Lemmas

Seite 9, linke Spalte, Mitte:

In der Regel gebührenfrei sind alle in Artikel 10 Absatz 1 aufgeführten Leistungen. Auch an sich gebührenpflichtige Leistungen können auf Gesuch hin von der Bezahlung von Gebühren befreit werden, wenn sie im Interesse der Stadt sind (wie z.B. die Durchführung einer Veranstaltung aus politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Gründen). Diese Gebührenbefreiung wird von den städtischen Behörden bereits heute praktiziert. Sie soll beibehalten werden, weil sie sich bewährt hat. Um Härtefälle...

Seite 10, rechte Spalte „Friedhof- und Bestattungswesen“: (Antrag GPK)

Befreiung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern von den **Bestattungs- resp. Beisetzungskosten** und vom Kostenbeitrag ...

Seite 12 rechte Spalte: (Antrag GPK)

Streichen des letzten Lemmas

Seite 13, linke Spalte, neues 2. Lemma: (Antrag GPK)

÷ Rund 50 verschiedene Gebührenerlasse der Stadt können aufgehoben werden.

Seite 13, linke Spalte: (Antrag GPK)

Streichen des Lemmas „Der Grundsatz, dass normale Aufwendungen der Verwaltung über Steuereinnahmen finanziert werden, ist richtig.“

Seite 13, rechte Spalte, 2. Lemma: (Antrag GPK)

Es ist positiv, **dass neue Gebühren und die Anpassung von Gebühren mit Lenkungscharakter (Beispiel: Gebühr auf Fast-Food-Verpackungen zur Verminderung des Abfalls in den Strassen; zurzeit mangels kantonal-rechtlicher Grundlage noch nicht möglich) oder für hoheitliche Leistungen, die in Konkurrenz zu Privaten erbracht werden (Beispiel: Gebühr für Signale und Absperrgitter)**, wiederum dem Stadtrat unterbreitet werden müssen; damit wird die politische Auseinandersetzung ermöglicht.

Seite 13, rechte Spalte, letztes Lemma: (Antrag GPK)

... einer Vollkostenrechnung erhoben werden (**siehe Erläuterungen Seiten 7 und 8**).

Anträge der GFL/EVP-Fraktion (Ueli Stückelberger) zu Seite 13:

Die Seite 13 (Argumente der Mehrheit des Stadtrates) sei mit folgenden Abschnitten zu ergänzen:

- Mit dem Gebührenreglement werden die Gesamtinteressen der Stadt wahrgenommen und alle Gebührenarten gleich behandelt. Einzelne Partikularinteressen dürfen nicht bevorzugt werden.
- Im Gebührenreglement werden neu fast alle Gebührentatbestände der Stadt geregelt. Es ist unverhältnismässig, wenn die Gegner wegen einzelnen missliebigen Gebühren das ganze Gebührenreglement bachabschicken wollen.
- Es widerspricht dem Prinzip der Rechtsgleichheit, auf einige auserwählte Gebührentatbestände zu verzichten bzw. bei einzelnen Punkten die Gebühren zu reduzieren, denn die Höhen der einzelnen Gebühren sind angemessen und aufeinander abgestimmt.
- Der Grundsatz, dass normale Aufwendungen der Verwaltung über Steuereinnahmen finanziert werden, ist richtig. Wer hingegen einen Spezialaufwand verursacht, soll dafür eine Gebühr bezahlen. Ohne Verursacherprinzip müssten für solche Aufwendungen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen.“

[Dieser Antrag hat die Streichung des 5. Punktes der linken Spalte von Seite 13 zur Folge, da er wörtlich in den obenstehenden Punkt 4 übernommen wurde.]

Eventualantrag

Das Büro des Stadtrates wird beauftragt, die Seite 13 (Argumente des Stadtrates) mit den heute vorgebrachten Argumenten zu überarbeiten und zu ergänzen.

Für die GPK spricht *Verena Furrer-Lehmann* (GFL): Am 28. Oktober 1999 haben wir das Gebührenreglement beraten und damals nebst kleinen Änderungen auch zwei gewichtige Beschlüsse gefasst: Erstens die Rückweisung der Parkgebühren an den Gemeinderat mit dem Auftrag, sie in einer separaten Vorlage dem Stadtrat vorzulegen. Die andere wesentliche Änderung war die Aufhebung der Bestattungs- und Beisetzungsgebühren. Das heute vorliegende Reglement beinhaltet also die Parkgebühren nicht mehr und wurde mit 48 zu 15 Stimmen gutgeheissen. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen, die Stimmbürgerinnen und -bürger müssen nun am 21. Mai über diese Vorlage abstimmen. Es geht heute nur um die Abstimmungsbotschaft und nicht um das Reglement. Die GPK hat zu dieser Botschaft festgestellt, dass es schwierig ist, eine so trockene und nicht sehr attraktive Materie dem Stimmvolk zu erläutern. Dementsprechend müssen die Informationen ausführlich und klar dargestellt sein. Ein paar Änderungen in diesem Zusammenhang hat die GPK als schriftliche Anträge festgehalten.

Die Botschaft enthält ein Glossar, das wir als hilfreich für interessiertere Leserinnen und Leser erachten, es sind Erläuterungen zu den finanztechnischen Begriffen. Die GPK hatte grundsätzlich Bedenken gegenüber dieser Botschaft, und zwar einerseits bezüglich den Argumenten des Referendumskomitees auf Seite 12 und andererseits gegenüber denjenigen der Stadtratsmehrheit auf Seite 13. Es wird schon beim Anschauen klar, dass ein Ungleichgewicht zwischen den Argumenten der Befürworter und Gegner herrscht. Das kommt davon, dass die Befürworter zum Zeitpunkt der Debatte im Stadtrat davon ausgegangen sind, dass kein Referendum ergriffen würde. Die Ratsmehrheit hatte bis jetzt keine Gelegenheit, zu diesen ablehnenden Argumenten Stellung zu nehmen. Die GPK ist der Meinung, dass eine Abstimmungsbotschaft eine faire Darstellung der Argumente von Befürwortern und Gegnern beinhalten sollte und hat deshalb den Antrag der GFL einstimmig befürwortet, dass die Argumente der Ratsmehrheit, die allenfalls in der heutigen Sitzung geäussert werden, noch in die Botschaft einfließen können. Das Büro des Stadtrats wird mit dem Antrag beauftragt, die allfälligen Ergänzungen vorzunehmen. Vorbehältlich der Zustimmung zu den GPK-Anträgen empfiehlt die GPK, die vorliegende Botschaft zu genehmigen.

Der *Vorsitzende* meint zum Eventualantrag der GFL/EVP-Fraktion: Das ist nicht Sache des Ratsbüros, da noch ganz konkret Argumente hineinzubringen. Wenn wir in den Protokollen schauen, was gesagt wurde, machen wir redaktionelle Arbeit, und in diesem Fall ist das Büro auch bereit, redaktionelle Arbeit zu machen. Aber zu schauen, welche Argumente richtig und welche falsch sind und diese heute zu bereinigen, ist Sache des Rates. Wir gehen die Anträge der Reihe nach durch und am Schluss haben wir hoffentlich ein Resultat, das man den Stimmbürgerinnen und -bürgern so präsentieren kann.

Rudolph Schweizer (SVP): Irgendetwas ist hier nicht ganz klar, und zwar ist der Antrag – den die GPK mit 8 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung gutgeheissen hat – dass der Name dieses Komitees in diese Botschaft hineinkommt, plötzlich verschwunden, obwohl die GPK nicht mehr neu abgestimmt hat, wie klar aus dem Protokoll ersichtlich ist. Deshalb beantrage ich, dass er wieder hineinkommt, damit er nicht einfach übergangen wird. Letzten Montag wurde darüber nicht mehr explizit befunden. Wir sind der Meinung, dass die GPK den Antrag bei der Bereinigung so wollte und es ist nicht korrekt, wenn es jetzt via Gemeinderat heisst, bis jetzt habe es immer nur „Komitee“ in den Botschaften geheissen. In einer Botschaft von 13. Juni 1999 heisst es: „Am 22. August 1995 hat das Komitee ‚Wohninitiative‘, vertreten durch die Partei Junge Alternative JA!...“ Und nun sagt der Gemeinderat, die Nennung von Komitees sei nicht Praxis. Das ist nicht sauber, deshalb möchten wir, dass dieser Antrag diskutiert und darüber abgestimmt wird, wie von der GPK beschlossen.

Ueli Stüchelberger (GFL) hat Vorbehalte, weil die Nennung von Komitees nur bei Initiativen üblich sei und nicht bei Referenden.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Referendum und Initiative sind nicht die gleichen Dinge. Man hat die Initiativkomitees immer aufgeführt, bei Referenden aber den Namen nicht genannt. Das wäre eine Praxisänderung, es ist dem Rat unbenommen, über einen solchen Antrag zu befinden. Wie ich orientiert worden bin, hat die Kommission beim letzten Mal noch einmal beraten und befunden, man lasse es so. Deshalb wurde es nicht aufgeführt. Der Gemeinderat hat deshalb so begründet und war der Meinung, man solle es nicht aufnehmen.

Fraktionserklärungen

Für die SVP-Fraktion spricht *Beat Schori*: Als Co-Präsident dieses Komitees gegen neue und höhere Gebühren und Abgaben spreche ich im Namen der Fraktion und des Komitees. Es geht hier um eine Botschaft, in der, mindestens was den letzten Abschnitt oder Seite 13 anbelangt, aus unserer Sicht nichts mehr zu diskutieren ist. Entgegen der Meinung von Frau Furrer-Lehmann ist das bekannt, da es im Protokoll Nr. 45 vom 28. Oktober 1999 in den Fraktionserklärungen heisst: „Wenn unsere Anträge abgelehnt oder gar die schriftlich beantragten Erhöhungen beschlossen werden, wird die SVP-Fraktion das Gebührenreglement heute abend ablehnen und das Referendum ergreifen.“ Das haben wir getan und somit war das bekannt. Das ist eine Richtigstellung gegen die Behauptung von Frau Furrer-Lehmann. Eine Vorbemerkung: Es erscheint uns seltsam, dass in der Portfolioanalyse der Gemeinderat bereits mit den erhöhten Gebühren gerechnet hat, bekanntlich hat aber das Stimmvolk noch keine Stellung bezogen, ob es mit dem Reglement einverstanden ist. Wenn man mit Wunschträumen bezüglich zusätzlichen Einnahmen in der Portfolioanalyse hantiert, hätte man wenigstens auch die Mindereinnahmen aufführen sollen, z. B. bei den Einbürgerungen, wo Reduktionen vorgesehen sind.

Zum Hauptthema Abstimmungsbotschaft: Leider ist unsere Hauptforderung nach einer transparenten und konsumentenfreundlichen Darstellung der heutigen Gebühren im Vergleich zu den künftigen nicht erfüllt. Wir sind überzeugt, dass die wahren Konsumentenschützerinnen und -schützer aus dem RGM-Lager noch ans Rednerpult kommen und uns in dieser Forderung unterstützen werden.

Zu den Anträgen der GPK fällt uns auf, dass mit viel Hingabe aus dem Kreis der Befürworter für erhöhte und neue Gebühren darauf geachtet wurde, dass ja kein Negativpunkt in der Botschaft aufgeführt wird, mit Ausnahme der Argumente des Referendumskomitees. Das ist nur möglich, weil es eigentlich nicht zulässig wäre, Sachen zu verändern, über die man in der Debatte nicht gesprochen hat.

Zu den Punkten, die uns am meisten ärgern: Die Streichung des 1. Lemmas im Titel auf der Seite 6: Die Nachteile des neuen Gebührenreglements. Da soll etwas gestrichen werden. Auf Seite 13 will man den Abschnitt „Die Grundsätze, dass normale Aufwendungen der Verwaltung über Steuereinnahmen finanziert werden, ist richtig.“ streichen, man will aber noch bereinigen. Die SVP-Fraktion beantragt die Beibehaltung der beiden Lemma, so kann auch im Text ein gewisses Gleichgewicht hergestellt werden. Das ist dringend nötig, wenn sich die

Mehrheit nicht den Vorwurf gefallen lassen will, eine politische und nicht neutrale Botschaft zu verfassen.

Unter dem Titel „Argumente des Referendumskomitees“ werden wir keinen Streichungen zustimmen, auch keinen Ergänzungen von anderen Parteien. Wir werden Beschwerde gegen das Abstimmungsergebnis machen, falls Änderungen auf Seite 13 gemacht werden.

Edith Olibet für die SP-Fraktion: Das Gebührenreglement ist eine schwierige Vorlage, die man zur Abstimmung bringen muss, weil sie ideal für Polemik und Rosinenpickerei ist. Die Botschaft sei laut Beat Schori politisch und nicht neutral, wenn man auf Seite 13 etwas ändere. Ich hatte bis jetzt das Gefühl, wir seien ein politisches Gremium, das ist offenbar nicht der Fall. Politisch polemisch darf nur das Referendumskomitee sein, weiter drohen Sie mit Beschwerde. Demokratie findet immer mehr auf dem Rechtsweg statt, wenn man die Mehrheit im Rat nicht hat, sucht man sein Heil in der Juristerei. Vielleicht könnten Sie nach früher schauen, als noch eine andere Mehrheit regierte, wie es die SP in der Opposition gemacht hat, sicher nicht so.

Wenn man das Komitee anschaut, sieht man, dass es zur grossen Mehrheit aus Stadtratsmitgliedern aus der SVP und der SD besteht. Eigentlich finden wir es schlechter Stil, wenn jetzt Sachen angeprangert werden, die die federführenden Leute im Referendumskomitee in der Debatte im Rahmen der Detailverhandlung nicht zur Sprache gebracht haben. Sie geben dem anderen politischen Lager keine Gelegenheit zum Argumentieren oder Stellung beziehen. Schlechter Stil ist aber einem Referendumskomitee nicht verboten.

Die SP-Fraktion ist für eine effiziente Ratsführung, genau deshalb haben wir uns im Rahmen der Behandlung des Gebührenreglements zurückgehalten, sonst wäre die Debatte länger gegangen als zwei Stadtratssitzungen. Was ist nun die Lehre für die SP-Fraktion: Wir werden uns in Zukunft die Effizienz an den Hut stecken und uns von Anfang an damit auseinandersetzen, dass allenfalls eine Abstimmung stattfindet. Wenn aber im Rahmen der Detailbehandlung die Anträge nicht gestellt werden, können wir nicht selber eine Debatte von Zaun reissen.

Die SP-Fraktion stellt einen Antrag: Auf Seite 9, linke Spalte in der Mitte. Damit präzisiert sie etwas, das das Referendumskomitee ganz perfid der Stimmbevölkerung weitergibt: Der 4. Punkt über die kulturfreundlichere Handhabung der Gebührenpflicht. Wie wenn die SVP Strassentheater und Konzerte so toll finden würde. Wir sind der Meinung, man solle auf Seite 9, linke Spalte beim Artikel 10 präzisieren. Die Präzisierung stammt aus dem Vortrag des Gemeinderats: Auf Gesuch kann man von der Bezahlung der Gebühren befreit werden, wenn es im Interesse der Stadt liegt. Das wird so praktiziert und hat sich bewährt. Da muss man klaren Wein einschenken und nicht unterschwellig transportieren, dass am Schluss für eine Vorstellung von fünf Kindern auf öffentlichem Raum bezahlt werden muss.

Ein weiterer Punkt, der in die Argumente des Referendumskomitees hinein muss: Beim zweitletzten Punkt: „Keine Einführung der neuen pietätlosen Gebühr von Fr. 125.00 für die Bestattung von Frühgeburten.“ unterschlägt das Komitee, dass lediglich Auswärtige diese Gebühr entrichten müssen. Der Punkt muss ergänzt werden um „von Auswärtigen“.

Für die GFL/EVP-Fraktion *Ueli Stückelberger* (GFL): Unsere Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die SVP-Fraktion sowieso Beschwerde gegen das Abstimmungsbüchlein oder das Resultat erheben wird. Ich persönlich habe nichts gegen die Juristerei, ich bin auch froh, dass der neuen Statthalterin und dem neuen Statthalter die Arbeit nicht ausgehen wird, vielleicht braucht es bald noch einen dritten, wenn das so weitergeht.

Zum Inhalt: Man müsste doch juristisch präzise bleiben. Wenn man Referendumskomitee und Initiativkomitee vergleicht, ob der Name des Komitees in der Botschaft steht, geht das nicht auf. Beim Initiativkomitee wird der Name vorgeprüft, ein Vogelstrauss-Name würde von der Stadtverwaltung korrigiert. Der Name ist danach bindend. Der zweite Unterschied: Bei einem Referendum kann es verschiedene Referendumskomitees geben, es wäre komisch, wenn man alle Namen auflisten würde, da die Motivationen unterschiedlich sein können. Es ist deshalb gerechtfertigt, eine Unterscheidung zwischen Initiative und Referendum zu machen. Unsere Fraktion unterstützt das Gebührenreglement. Ich möchte die Hauptpunkte dafür wiederholen: Mit dem Reglement werden die Gesamtinteressen der Stadt wahrgenommen und alle Gebührenarten so gut es geht gleich behandelt. Es kann nicht sein, dass einzelne Parti-

kularinteressen besonders behandelt werden, indem dort Gebühren herabgesetzt oder nicht erhoben werden. Alle Gebührentatbestände werden im Reglement festgehalten, ausser, was in einer zweiten Lesung kommen wird, den Parkgebühren. Es wäre unverhältnismässig, wegen einzelnen Dingen das ganze Reglement bachab zu schicken. Es wäre auch ungerecht, auf ausgewählte Gebühren zu verzichten. Das ganze Gefüge ist aufeinander abgestimmt. Die GFL/EVP-Fraktion findet es richtig, dass normale Aufwendungen der Verwaltung über Steuereinnahmen gedeckt werden sollen, für Spezialaufwände soll das Verursacherprinzip mittels dem Reglement zur Anwendung kommen.

Es geht heute nur um die Botschaft. Wenn ich trotzdem für das Reglement argumentiere, dann wegen unserer gestellten Anträge und dem Eventualantrag, dass die Argumente der Befürworter auf Seite 13 ergänzt werden.

Wir wollen eine objektive Information, die wir den Stimmberechtigten erbringen müssen und halten uns zurück, in die Argumentation des Referendumskomitees einzugreifen. Es muss eine Möglichkeit der Stadtratsmehrheit sein, heute neue Argumente zu diskutieren und sie in die Botschaft einzubringen. Als das Gebührenreglement diskutiert wurde, konnten wir die Argumente des Referendumskomitees nicht kennen, deshalb muss es nach Kenntnisnahme der Argumentation erlaubt sein, die unsere zu ergänzen. Auch diese müssen natürlich informativ sein und der Wahrheit entsprechen.

Wir haben versucht, auf Seite 13 solche zu formulieren, deshalb habe ich explizit erwähnt, wie diese zu klingen hätten. Wir könnten uns auch mit dem Eventualantrag einverstanden erklären, der das Büro beauftragt, die heute geäusserten Argumente für das Reglement zusammenzufassen und die Seite 13 entsprechend zu ergänzen. Je nach Echo des Rats würden wir die formulierten Anträge zugunsten des Eventualantrags zurückziehen.

Wir haben einen Antrag gemacht zu Seite 4. Dort wird gesagt, der Gemeinderat habe ursprünglich eine Gebühr beantragt, um Einnahmen von Fr. 600 000.00 zu erzielen, der Stadtrat habe das abgelehnt. Die Aussage stimmt, wir müssen uns einfach bewusst sein, dass die Botschaft diejenige des Stadtrats ist. Wie es genau zu dieser Fassung gekommen ist, muss gegenüber den Stimmberechtigten gleich sein. Es ist auch egal, welche Partei was gefordert hat und welche Anträge von welchen Direktionen waren. Wir beantragen die Streichung dieser Stelle und möchten einfach das Ergebnis des Stadtrats wiedergeben.

Wir befürworten das Gebührenreglement und ich bitte den Rat, unsere Anträge zu unterstützen und die Abstimmungsbotschaft um diese Argumentation zu ergänzen.

Catherine Weber (GB) spricht für die GB/JA!-Fraktion: Unsere Fraktion kann voll hinter diesem Gebührenreglement stehen. Wir haben bewusst keine Anträge gestellt, weil wir davon ausgegangen sind, dass die langwierigen und umständlichen Beratungen in der GPK hätten genügen müssen. Die vorliegenden Anträge der GPK und der GFL/EVP können wir unterstützen.

Wir bedauern sehr, dass es tatsächlich eine sehr nüchterne Abstimmungsbotschaft geworden ist. Es ist auch schade, dass ausgerechnet diejenigen, die sich fast jeden Donnerstag beschwerten, es werde zuwenig gespart, nun nicht mehr sparen wollen und auch in der Botschaft nicht dazu stehen können. Dort, wo die Stadtverwaltung unbestritten legitimiert wäre, Geld für ihre Leistungen zu verlangen, soll jetzt gekniffen werden. Wer jetzt so tut, als ob die Gebühren neu eingeführt würden und alles ganz schlimm teuer werde, betreibt unserer Meinung nach bewusste Desinformation und ist politisch nicht glaubwürdig. Ihr verlangt immer, man müsse kostendeckend arbeiten, und verhindert nun genau das. Es wäre schön gewesen, wenn das Referendumskomitee in seinem Text dazu Stellung genommen hätte.

Uns erstaunt nicht, dass das Komitee, das mit seinem Referendum die heutige Diskussion zu verantworten hat, für die Menschen ohne politische Rechte und mit wenig Lohn weiterhin höhere Gebühren verlangt, ich spreche von den Einbürgerungsgebühren.

Wir begrüssen die Tatsache, dass die Ausübung der ideellen Grundrechte auf öffentlichem Boden weiterhin kostenlos möglich bleibt, es ist schade, dass das in der Botschaft nicht expliziter herausgestellt worden ist. Schade ist auch, dass in der Botschaft nicht ausdrücklicher steht, dass man ruhig für einen Take-away-Stand 200 Franken statt 100 verlangen kann; wenn man dort kostendeckend sein wollte, müsste man die Gebühren auf ein x-faches erhöhen.

Die Fraktion begrüsst insbesondere die im Reglement vorgesehene Reduktion der Einbürgerungsgebühren. Damit setzt die Stadt Bern ein wichtiges Signal, sowohl gegen die äusserst bedenklichen Entwicklungen wie etwa in Emmen oder Beromünster, aber auch gegen diverse politische Anstrengungen, eine menschenwürdige Einbürgerungspraxis zu sabotieren.

Einzelvoten

Daniele Jenni (GPB): Ich möchte vorausschicken, dass auch die Grüne Partei Bern das Gebührenreglement ablehnt. Ich brauche die Gründe nicht darzustellen, sie sind einfach: Vieles, das in diesem Gebührenreglement gefordert wird, wird von den Einzelnen durch Steuern abgegolten. Wir beanstanden die grosse Kleinlichkeit der vielen Gebühren für Leute, die sich bei der Verwaltung informieren wollen oder kleinere Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Zur Botschaft und gewissen Äusserungen hier: Es wurde darüber gestritten, ob der Name des Referendumskomitees in die Botschaft kommen solle. Das Komitee ist nicht unsere Angelegenheit, wir bekämpfen das Reglement nicht aus den gleichen Gründen, namentlich sind wir absolut für die Senkung der Einbürgerungsgebühren. Die Stimmbürgerschaft hat ein Recht auf Information und sollte wissen, welches Komitee es war. Wenn es mehrere Komitees wären, müsste man sie einfach alle erwähnen. Das lässt sich problemlos machen.

Dass hier mit Beschwerden gedroht wird, will ich nicht kommentieren, aber sonderbarerweise kommt jetzt Kritik aus der Seite von RGM, so solle man nicht Politik machen. Vor ungefähr 20 Jahren hörte ich die gleichen Argumente von bürgerlicher Seite, da machten wir Beschwerde. Die GPB findet, dass es eine legitime Tätigkeit auch politischer Art ist, auf dem Rechtsweg vorzugehen gegen Entscheide, die man nicht für richtig befindet. Das ist ein Aspekt der Politik.

Man muss auch sehen, dass eine Botschaft nicht einfach eine Indoktrination der Stimmbewölkerung sein soll, dass bestimmte rechtliche Regeln gelten, wie eine Botschaft korrekt begründet werden und korrekte Inhalte haben muss. Wenn man jetzt versucht, da zu schauen, dass es ein wenig entschärft wird, damit die Stimmbürgerschaft nicht so merkt, worum es geht, dann muss ich die Anträge grundsätzlich ablehnen. Es geht nicht an, dass von Seiten einer Mehrheit via die Gestaltung einer Botschaft versucht wird, Leute, die Referenden ergreifen, hinaus zu manövrieren. Ich glaube, man muss hier nicht trennen nach bürgerlich oder nicht bürgerlich, sondern es geht um die rechtlichen, politischen und moralischen Ansprüche der Stimmbürgerschaft, informiert zu werden.

Hans Ulrich Gränicher (SVP): Ich habe den Ausführungen von Daniele Jenni mit Interesse zugehört, eigentlich hätten wir vom Referendumskomitee ihn engagieren sollen. Die Argumentation entspricht den Usanzen, die ich im Stadtrat kennengelernt habe.

Wir haben im Oktober 1999 über das Gebührenreglement diskutiert, es wurden Anträge gestellt, man debattierte über die Höhe einzelner Gebühren und brachte Argumente dafür und dagegen. Die Argumente wurden in der Botschaft aufgenommen, das entspricht den Gepflogenheiten dieser politischen Auseinandersetzung, in der wir hier drin stecken. Nun kommt GFL/EVP mit einem Eventualantrag, wenn man die neuen Argumente vom Büro einbringen lasse, seien sie bereit, die schriftlichen Anträge zurückzuziehen. Genau so geht es nicht. Die Argumente, die in der materiellen Auseinandersetzung im Oktober 1999 zur Diskussion gestellt wurden, stehen heute zur Diskussion. Wenn solche Argumente vergessen wurden, müssen wir sie heute noch aufnehmen, und die SP hat tatsächlich zwei Argumente gebracht, die stimmen. Wir können diesen Anträgen so zustimmen, wir wehren uns nicht gegen diese Ergänzungen. Wir müssen uns aber wehren, wenn neue materielle Argumente in die Botschaft hineinzubringen versucht werden, die in der seinerzeitigen Debatte nicht verhandelt worden sind. Wenn man heute sagt, man habe die Debatte nicht unnötig verlängern wollen, dann muss ich widersprechen. Damals habe ich als Fraktionssprecher angekündigt, dass wir uns unter diesen Voraussetzungen das Ergreifen eines Referendums vorbehalten würden. Ihr habt gewusst, dass ein Referendum ergriffen würde, wenn gewisse Gebühren in dieser Form verabschiedet würden. Heute so zu tun, wie wenn man noch die materielle Diskussion führen müsste, geht nicht. Die Botschaft des Gemeinderats ist im Grossen und Ganzen ausgewogen und gut, die Argumente des Referendumskomitees sind gut. Ich bitte, alle die materiellen Anträge, die erst heute zur Diskussion stehen, abzulehnen. Wenn das nicht passie-

ren würde, dann ist es ein legitimes Recht des Referendumskomitees, gegen die Botschaft allenfalls die Beschwerdemöglichkeit zu nutzen.

Thomas Fuchs (JSVP): Ich habe das Referendum damals auch angekündigt und möchte noch etwas zu den Vorwürfen sagen:

Zur Desinformation möchte ich nicht Stellung nehmen, unsere politische Seite hat darin weniger Erfahrung als andere politische militante Linke. Es kann nicht mehr darum gehen, das Gebührenreglement noch einmal von vorne zu diskutieren, die Referenden sind nicht sehr häufig in dieser Stadt, die notwendigen 1500 Unterschriften sind äusserst schwierig zusammen zu kriegen in dieser kurzen Zeit. Wenn Referenden ergriffen werden, ist das auf der linken Seite der Fall und nicht auf der bürgerlichen. Deshalb ist die politische Linke auch mehr auf der Strasse anzutreffen, man darf ihnen zugestehen, sie haben mehr Erfahrung und machen das professioneller als wir.

Nun hat die bürgerliche Seite ein Referendum ergriffen, hat Erfolg gehabt, und nun wird auf jede Art versucht, die Abstimmungsbotschaft zu einer Politbroschüre verkommen zu lassen und ein Propagandablatt daraus zu machen, weil man die Gebührenerhöhung unbedingt durchbringen will. Es liegt auch im Interesse der Ratslinken, den Komiteenamen zu erwähnen, weil die nächsten Referenden wahrscheinlich wieder von dieser Seite kommen werden, und da werden die Namen der Komitees dann auch erwähnt. Ich erinnere ans Referendum Tramdepot, da waren abstruse Argumente erwähnt, die falsch waren; trotzdem haben auch in unserer Partei Leute zugestimmt. Wir sagten uns: Das sind die Argumente des Komitees Tramdepot und nicht unsere, wenn jene sie so sehen wollen, müssen sie so in der Botschaft stehen. Dasselbe müsste man hier tun und nicht versuchen, unsere Argumente zu korrigieren. Wenn man nun neue Argumente der Befürworter einbringt, dann könnten wir auch noch neue Argumente nachführen. Ich bitte um Konsequenz, behalten Sie die Handhabung bei, beim nächsten Referendum wird der Erfolg auf der linken Seite sein.

Speziellen Dank an Daniele Jenni, er hat einmal mehr gezeigt, dass er zu jener Partei gehört, die über ihren linken Schatten springen kann. Was er gesagt hat, ist nicht weiter zu kommentieren, ihm glaubt die Linke sicher auch eher.

Wenn 1798 Personen ein Referendum unterschrieben haben, hatten sie den Referendumsbogen vor sich, sie haben den Namen des Komitees gesehen, diesen jetzt zu unterdrücken, ist schlicht nicht zulässig und aus einem demokratischen Verständnis heraus auch höchst bedenklich. Es geht um einen Wiedererkennungseffekt, den dieser Name auslöst. In der GPK hat Frau Stadtschreiberin Irène Maeder van Stuijvenberg – nicht Mitglied des Referendumskomitees und auch nicht unserer Partei – erklärt, sie sei bereit, den Namen des Komitees aufzunehmen, auf Seite 6 im Protokoll vom 28. Februar 2000; die GPK hat dem mit 8 zu 1 Stimmen zugestimmt. Ich bitte darum, dass diejenigen, die in der GPK zugestimmt haben, heute auch mithalten und nicht in die politische Agitation eingreifen.

Edith Olibet (SP): Herr Fuchs hat in seiner bekannten Manier von Desinformation gesprochen, wie äusserst schwierig es sei, Leute zum Unterschreiben zu bewegen. Eigentlich ist das erstaunlich, weil das Referendumskomitee die Unterschriften unter falschen Tatsachen gesammelt hat. Der Punkt über die Parkgebühren in der Botschaft ist nicht in diesem Gebührenreglement. Herr Fuchs ist ein Polemiker und biegt die Wahrheit um. Weiter sagte er, 1798 Personen hätten unterschrieben, die sich im Namen des Komitees wiedererkennen wollten. Sie können sich nicht wiedererkennen, weil die Unterschriften unter falschen Tatsachen gesammelt worden sind. Herr Gränicher sagte vorher, sie hätten in der Debatte von gewissen Gebühren gesprochen. Es ist schwierig, wenn man das Protokoll anschaut, hat sich die SVP nur wenige Male zu Wort gemeldet, um die gewissen Gebühren zu bezeichnen. Daniele Jenni sprach von Botschaftsflickereien, er hat auf der SVP-Seite grosse Freude ausgelöst, namentlich bei Thomas Fuchs. Wir flicken nicht an der Botschaft oder an den Argumenten des Referendumskomitees herum, sondern wir wollen, dass zumindest dort, wo man sich nicht mit Worten darum herumschmuggeln kann, die Wahrheit steht, das sind die zwei letzten Punkte. Ein Wort zu den GFL/EVP-Anträgen: Es wäre verlockend, den Anträgen zuzustimmen. Die SP wird das nicht machen, da sie eine klare Linie hat. Wir erinnern uns an eine Diskussion über eine Botschaft – Beat Schori sprach damals –, als die Minderheit ihre Meinung hineinschreiben wollte. Wir sagten, dass es nicht in Frage komme, im Rahmen der

materiellen Debatte wurde das nicht gesagt. Wir wollen den klaren Weg weiterführen, das heisst, dass wir nicht bereit sind, in die Mehrheitsmeinung Dinge aufzunehmen, die nicht im Rahmen der materiellen Debatte gesagt wurden.

Ueli Stückelberger (GFL): Der Fall, den Edith Olibet eingebracht hat, ist nicht ganz mit diesem hier zu vergleichen. Wir haben hier keine klassische Sachvorlage, wo man die Argumente auf den Tisch bringen kann und zwei Stunden später über die Abstimmungsbotschaft entscheidet. Hier haben wir über die Argumente eines Referendumskomitees zu befinden, die uns nicht bekannt waren. Ich mache ein Beispiel: Es ist möglich, dass wir hier eine Kreditvorlage haben, der Sprecher der GPK sagt, die Vorlage war unbestritten, man stimmt diskussionslos zu, danach wird das Referendum ergriffen mit x Argumenten, da wäre die Seite der Stadtratsmehrheit einfach leer. Das kann und darf nicht sein. Ich sehe die Probleme, ich ziehe aber den Antrag zu Seite 13 zurück, nicht weil mir die Argumentation einleuchtet, aber weil ich unseren neuen Statthaltern nicht unbedingt gleich Arbeit schaffen will, ich warte besser den Abstimmungstermin ab. Die zweite rechtliche Frage, die umstritten ist, ist die Sache mit dem Namen des Komitees. Ich bitte die Stadtkanzlei, wenn man es schon in der GPK nicht recht protokolliert, wenigstens den Namen des Komitees schriftlich zu verteilen. Ich weiss nicht einmal, wie es heisst, ich verlange vor der Abstimmung, dass uns der Name noch offiziell bekanntgegeben wird. In diesem Zusammenhang ist es unglücklich, dass bei der GPK nur 3 Tage vor der Stadtratssitzung diskutiert wird. Ohne Präjudiz zu machen, könnte ich mich bereit erklären, dass man den Namen des Komitees heute herein nimmt und ihm so entgegenkommt. Wenn der Name irreführend ist, müsste man anderen Komitees Halt sagen. Sonst kommt es soweit, dass ein Referendumskomitee 3 Seiten Titel bringt, sich so bezeichnet und geltend macht, die Bezeichnung müsse in der Abstimmungsbotschaft abgedruckt werden. Aus diesen Gründen, dem Frieden zuliebe ziehe ich meine Anträge zurück und könnte dem Abdruck des Namens vom Referendumskomitee zustimmen.

Stadtpräsident Klaus Baumgartner: Es wurde darüber debattiert, wie weit die Argumente des Referendumskomitees verändert werden können und wie weit Argumente des Stadtrats ergänzt werden können. Ich möchte dem Plenum sagen, was unsere Abklärungen ergeben haben und was bis jetzt Praxis ist. Die Argumente des Referendumskomitees: Es war früher in der GO geregelt, dass man eingreifen kann, das ist heute nicht mehr so. Der Kommentar zum heutigen Gemeindegesetz sagt, dass ein Referendumskomitee keinen Anspruch auf Abdruck unveränderter Argumente hat. Es war Praxis, dass wahrheitswidrige, falsche Angaben herausgenommen wurden, dass beleidigende Dinge gestrichen wurden, dass aber sonst Zurückhaltung bei Änderungen der Argumente geübt wurde. Man muss ja den Stimmbürgerinnen und -bürgern zugestehen, dass sie denken können; das können sie manchmal besser als man denkt.

Die andere Seite, die Argumente des Stadtrats: Es ist klar, dass dort nichts hineinkommt, was hier nicht gesagt und nicht im Protokoll festgehalten wurde. Die Botschaft, die heute verabschiedet wird, ist diejenige des Stadtrats. Es sind Ihre Argumente darin, Sie können Anträge stellen, die Punkte hier debattieren und abstimmen, ob sie in die Botschaft aufgenommen werden sollen. Ein effizienter Ratsbetrieb sollte sich natürlich darauf beschränken, dass nicht ganze Botschaften umgepflügt werden. Es war auch schon üblich bei Botschaften, dass man dem Büro des Stadtrats sagte, es solle noch etwas ergänzen, das ist möglich. Das sind die Abklärungen dazu, ich bin der Meinung, dass der Rat gut beraten wäre, wenn er sich etwa in diesem Rahmen halten würde.

Die Sitzung wird um 18.50 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident: *René Zimmermann*

Die Protokollführerin: *Anna Tschannen*